

Bernd Faulenbach

Wozu Erinnerung?

Die deutsche Sozialdemokratie zeichnet im deutschen und im europäischen Zusammenhang eine mehr als 150-jährige Geschichte aus. So ist es verständlich, dass die SPD die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) 1863 im Mai dieses Jahres feierlich begeht – sie ist die älteste deutsche und wohl auch europäische Partei. Und doch lässt sich fragen, was diese Geschichte für die deutsche Sozialdemokratie und ihr Selbstverständnis heute bedeutet.

Lange vorbei ist die Zeit, in der die Sozialdemokratie von einem Geschichtsglauben erfüllt war, der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Geschichte zum Sozialismus definierte und der Partei dabei einen historischen Auftrag zuwies. Nicht wenige Sozialdemokraten tendieren eher zu einem »ahistorischen Progressismus« oder reinem Präsentismus. Nachdenklichere variieren eher Nietzsches Frage nach »Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« oder erinnern an die angesichts des historischen Wandels unabwendbare Einsicht in die Asymmetrie von Vergangenheit und Zukunft, von Erfahrungen und Zukunftserwartungen.

Und doch ist die Frage nach dem Herkommen offensichtlich unausrottbar – man mag sie geradezu als anthropologischen Faktor sehen. Darüber hinaus haben Maurice Halbwachs, Jan und Aleida Assmann und andere zu Recht auf den Zusammenhang von Erinnerung und Gemeinschaftsbildung hingewiesen. Soziale Gruppen, die sich als dauerhaft begreifen, pflegen in der Regel nach einiger Zeit bestimmte Erinnerungen, die eine mehr oder weniger ausgeprägte Bindekraft haben. Schon die frühe Arbeiterbewegung kannte Stiftungsfeste, die Erinnerung an die Gründer, die – wie etwa Lassalle – geradezu kultisch verehrt wurden, oder auch die Beschwörung der



reiner Zensen

Bernd Faulenbach

(* 1943) ist emeritierter Professor an der Ruhr-Universität Bochum und Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD.

fiab@ruhr-uni-bochum.de

Tradition der 1848er Revolution. Später – in der Wilhelminischen Zeit und in der Weimarer Republik – spielte die Erinnerung an das Sozialistengesetz eine besondere Rolle.

Gewiss machte sich nach 1945 im Hinblick auf die Erinnerungskultur der tiefe Einschnitt durch die NS-Diktatur, durch Verfolgung und Exil bemerkbar. Doch überlebte teilweise das sozialdemokratische Traditionsverständnis, auch wenn manche Reformen in den 50er Jahren historischen Ballast abwerfen wollten. 1963 beging die Partei ihr 100-jähriges Jubiläum mit einigem Selbstbewusstsein, obgleich sie gerade in dieser Zeit selbst modern sein und die Gesellschaft umfassend modernisieren wollte. Und auch in der Folgezeit verschwand der Rückbezug auf die Geschichte nicht, er gehörte geradezu zum Ritual der Eröffnungsreden auf Parteitag.

Wesentliche Komponente des eigenen Identitätsbewusstseins

Auf die Dauer verstärkten sich die Bemühungen um Geschichte. Nicht nur dass Willy Brandt in zahlreichen Reden die Geschichte der Partei, Ereignisse, Persönlichkeiten und Entwicklungen thematisierte, 1981 wurde auch auf Vorschlag von Peter Glotz vom Parteivorstand eine Historische Kommission gegründet, die helfen sollte, die Geschichte der Partei aufzuarbeiten und

zu vermitteln (und zu geschichtspolitischen Fragen, die wachsende Bedeutung hatten, Stellung zu beziehen). Symptomatisch für die zunehmende Bedeutung von Geschichte war, dass in das Berliner Programm 1989 und in das Hamburger Programm 2007 Kapitel aufgenommen wurden, die die Geschichte und das historische Selbstverständnis umreißen. Offenbar gehört das Wissen um die eigene Geschichte, die in eindrucksvoller Weise mit der deutschen Katastrophengeschichte kontrastiert, zum Selbstverständnis der Sozialdemokratie der letzten Jahrzehnte.

Unübersehbar ist die eigene Geschichte eine wesentliche Komponente des eigenen Identitätsbewusstseins. Allerdings hat sich in den 150 Jahren, in denen die Partei existiert, nicht nur die Welt, sondern auch die Partei verändert. Es handelt sich mithin um eine Identität im Wandel, gewiss nicht frei von Widersprüchen. Und doch lässt sich das Durchhaltende im Wandel benennen. Grundimpuls der Partei war und ist, dass Menschen nicht als Objekte von ökonomischen Prozessen und politischer Herrschaft, sondern als Subjekte selbstbestimmt leben wollen, was die Überwindung von Ausbeutung und Not und der Herrschaft des Obrigkeitsstaates umfasst. Auch eine Kontinuität der Wertorientierungen – auch wenn die Werte nicht immer expliziert wurden – lässt sich konstatieren: Es ging und geht um die Realisierung der Freiheit für die vielen, die mit den Werten der Gleichheit verschränkt gedacht wird.

Die Sozialdemokratie lässt sich historisch zudem charakterisieren als Bewegung, die die ökonomisch-sozialen Verhältnisse (um)gestalten wollte und will, als breit angelegte Demokratiebewegung, als Bildungs- und Kulturbewegung, als Partei des Fortschritts (der freilich immer wieder neu definiert wird) und als Partei der internationalen Verständigung, der Durchsetzung einer internationalen Rechtsordnung und der europäischen Einigung (schon im Heidelberger Programm 1925). Dass sich dies alles

mit einem Bewusstsein patriotischer Verantwortung und mit einer Vorgehensweise verbunden hat, die evolutionäre Reformen durch staatliche Mittel anstrebt, sind weitere Merkmale des sozialdemokratischen Selbst- und Politikverständnisses.

Bedeutung von »Erinnerungsorten«

Identitätsbewusstsein macht sich auch fest an bestimmten Ereignissen und Persönlichkeiten, an »Erinnerungsorten«, wie man seit der Publikation der *Lieux de mémoire* des französischen Historikers Pierre Nora weiß. Keine Frage, dass bestimmte Persönlichkeiten aus verbreiteter Sicht in besonderer Weise sozialdemokratische Identität verkörpern. Zu nennen sind etwa August Bebel, Friedrich Ebert, Marie Juchacz, Kurt Schumacher und vor allem Willy Brandt, auch Helmut Schmidt und Johannes Rau – um nur einige zu nennen. Und identitätsstiftend wirkten auch bestimmte Ereignisse wie die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann, die Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz, die Verabschiedung des Godesberger Programms und Ereignisse, die mit Willy Brandt verbunden sind: die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 (»Mehr Demokratie wagen«), Willy Brandt in Erfurt (»Willy Brandt ans Fenster«), Brandts Kniefall in Warschau oder auch Brandts »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört« – emotionalisierende Ereignisse, die sich durch die wachsende Bedeutung der Medien in der Erinnerung verfestigt haben. Identitätsstiftende Ereignisse der Ära Schmidt oder auch der Zeit Gerhard Schröders wären hinzuzufügen, auch die Gründung der Sozialdemokratie in Schwante im Oktober 1989 in der DDR sowie die Vereinigung der Sozialdemokraten im September 1990.

Aufs Ganze gesehen vermag die Beschäftigung mit Geschichte dazu beitragen,

sich der Identität zu versichern, wozu übrigens auch die Auseinandersetzung mit strittigen Themen wie der Agenda 2010 gehören kann. Nachdrücklich hat Peter Glotz, der Modernisierer, die Bedeutung von Geschichte und Tradition im Jahre 2000 akzentuiert: »Wir müssen aufpassen, dass den Parteien die ›Aura‹, wie Walter Benjamin dies nannte, ihre ›Einzigkeit‹, ihre Einbettung in den Traditionszusammenhang, der Ausdruck in Kultur und Ritual fand, nicht verloren geht. Die bewusste Einbindung in eine Tradition einschließlich all ihrer Fehlschläge war bindungsfähiger als die postmoderne Demoskopieorientierung, die uns heute schüttelt (...) Wer im Spannungsbogen einer historischen Formation kämpfte, behielt auch im Fall des Misserfolgs eine gewisse Würde. Deshalb gilt, die alte Arbeiterbewegung

ist im digitalen Kapitalismus zwar tot; man muss ihre Lieder nicht mehr singen. Wer aber die Erinnerung an den historisch-politischen Zusammenhang, die Aura preisgibt, wird zum Spielball von Zeitgeist-Surfern, Befragungs-Fuzzis und Oberpublizisten.«

Keine Frage: Historisches Bewusstsein schafft die Möglichkeit gegenüber der Tagespolitik und ihren Aufgeregtheiten Souveränität zu gewinnen und in größeren Zusammenhängen und Prozessen zu denken. Zugleich ist Geschichte ein wesentliches Medium politischer Reflexion, da sie vielfältiges Anschauungsmaterial für politische Diskurse liefert. Das 150-jährige Parteijubiläum bietet für die Sozialdemokratie jedenfalls die große Chance, die historische Dimension politischen Denkens und Handelns zurückzugewinnen. ■